
Bericht

Zum DGB-Bundeskongreß*

1. „Die Gewerkschaften neutralisieren“ - Ein Rückblick in die fünfziger Jahre

Parteilistisch motivierte Einseitigkeit, Verletzung von Prinzipien der Einheitengewerkschaft, realitätsferne Radikalität - so lauteten gängige Vorwürfe aus dem Regierungs- und Arbeitgeberlager gegenüber den Gewerkschaften im zeitli-

chen Umfeld des diesjährigen DGB-Bundeskongresses in Hamburg.

Angesichts des Einbruchs der konservativ-liberalen Regierung beim „Streikparagrafen“ 116 Arbeitsförderungsge-

* Die Berichterstattung über den 13. ordentlichen Bundeskongreß des DGB vom 25. bis 31. Mai 1986 in Hamburg wird fortgesetzt. Alle Zitate dieses Beitrags sind den Protokollen des 2. ordentlichen DGB-Bundeskongresses 1952 in Berlin und des 4. ordentlichen DGB-Bundeskongresses 1956 in Hamburg entnommen.

setz, angesichts der damals noch bevorstehenden Landtagswahl in Niedersachsen und der nicht mehr fernen Bundestagswahl 1987 sind solche Einlassungen leicht und hinreichend als propagandistische Ablenkungsmanöver erklärbar. Dadurch, daß immer wieder historisch angeblich ähnliche Situationen zitiert werden, soll den Unterstellungen mehr Überzeugungskraft für den einzelnen gegeben werden, der kaum je in der Lage ist, derartige Argumentationen auf ihre Seriosität zu prüfen.

In den vergangenen Wochen ist der DGB von interessierter Seite häufig warnend auf seine dem zweiten ordentlichen DGB-Bundeskongreß im Oktober 1952 folgende Kampagne „Wählt einen besseren Bundestag“ bei den Bundestagswahlen von 1953 hingewiesen worden: Damals habe die CDU/CSU einen grandiosen Wahlsieg errungen. Und in der Tat: Die Unionsparteien, an ihrer Spitze Bundeskanzler Konrad Adenauer, konnte ihren Stimmenanteil gegenüber 1949 um mehr als 14 Prozent steigern (von 31 auf 45,2 Prozent), während die SPD sogar noch fast einen halben Prozentpunkt (von 29,2 auf 28,8 Prozent) verlor.

Auch der vierte ordentliche DGB-Bundeskongreß fand Anfang Oktober 1956 sozusagen in der „Vorwahlkampfzeit“ statt - im September 1957 wurde ein neuer Bundestag gewählt. 1957 erreichte die CDU/CSU mit 50,2 Prozent der Stimmen - erstmalig und einmalig - die absolute Mehrheit. Die SPD kam auf 31,8 Prozent.

Es ist hier nicht der Ort, einen Anteil gewerkschaftlicher Politik an dieser Entwicklung zu analysieren, vielmehr soll, anhand der Äußerungen von Gewerkschaftern und Politikern bei den Kongressen von 1952 und 1956, geprüft werden, ob damals von Gewerkschaftsseite einseitig parteipolitisch Stellung genommen wurde und wie Antworten von Politikern ausfielen.

a) Der Kongreß von 1952

Schon in seiner Begrüßungsansprache machte der 1951 zum Nachfolger des ver-

storbenen Hans Böckler gewählte DGB-Vorsitzende Christian Fette klar, daß die Gewerkschaften zwar vorbehaltlos zum demokratischen Staat stünden, daß sie allerdings mit der Regierungspolitik unzufrieden seien. Die Gewerkschaften könnten erwarten, so Fette, „daß die Träger der staatlichen Ordnung der Tatsache eingedenk sind, daß die schaffenden Menschen im Lande die treuesten Verfechter der demokratischen Staatsform sind. Sie erwarten mit Fug und Recht, daß Parlament und Regierung sich für ihre berechtigten Forderungen einsetzen. An aner kennenden Worten für die schaffenden Menschen und ihre Gewerkschaften hat es von hoher und höchster Stelle nicht gefehlt; jedoch mit Worten allein ist es nicht getan, wenn keine Taten folgen.“

Als Beispiele für eine gegen Arbeitnehmer und Gewerkschaften gerichtete Politik erwähnte Fette die wirtschaftliche Neuordnung und die Mitbestimmung sowie das Betriebsverfassungsgesetz. Unter Hinweis auf die aktive Wahlbeeinflussung durch die Arbeitgeber sagte Fette:

„Es wird nötig sein, daß die Gewerkschaften eine größere politische Aktivität entfalten; denn es kann und darf uns nicht gleichgültig sein, wer nach den nächsten Parlamentswahlen in den Deutschen Bundestag einzieht. (*Beifall*)

Das ist kein Verstoß gegen die gebotene parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften. Jawohl wir sind parteipolitisch neutral und werden an diesem Grundsatz unterschütterlich festhalten. (*Zustimmung.*) Niemand aber kann uns das Recht streitig machen, politische Aktivität zu entfalten, wenn es um die elementarsten Rechte der schaffenden Menschen geht. (*Starker Beifall.*) Denen, die aus Unverstand oder wider besseres Wissen dennoch nicht müde werden, zu sagen, die Gewerkschaften verletzen damit die parteipolitische Neutralität, möchte ich einige Sätze entgegenhalten, die der Vorsitzende des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, Bernhard Otte, auf dem 13. Kongreß der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands im

Jahre 1932 in Düsseldorf sprach. Er sagte: *„Die parteipolitische Neutralität ist aber nie so verstanden worden, daß wir gegen Parteien, die sich gegen die Gewerkschaften erklären und die sich gewerkschaftsfeindlich und antisozial betätigen, nicht Stellung nehmen dürfen. Im Gegenteil, die parteipolitische Neutralität bedingt auch Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber allen Parteien, und unsere Pflicht der Interessenvertretung der Arbeiterschaft zwingt uns, gegen Parteien, die die Reaktion wollen und einen arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Kurs steuern, Stellung zu nehmen. Wir haben das in der Vergangenheit getan und werden das auch in Zukunft tun, ebenso wie wir als christliche Bewegung nicht neutral sind gegen die christenfeindlichen Bestrebungen.“*

Diese Worte von Otte sind klar und eindeutig. Ich mache sie mir zu eigen und habe ihnen nichts hinzuzufügen. *(Starker Beifall.)*

Die Gewerkschafter wissen, daß die Einheit und Geschlossenheit der Bewegung ihre stärkste Waffe in ihrem Kampf um die ureigensten Menschenrechte, in dem Kampf um die ihnen gebührende Stellung in Wirtschaft und Gesellschaft ist. Diese geschaffene Einheit gilt es zu erhalten. Wer mit dem Gedanken der Spaltung der gewerkschaftlichen Einheit spielt, verstündigt sich an der gemeinsamen Arbeitersache. *(Starker Beifall.)* Es genügt aber nicht, daß wir diese Einheit wollen. Wir müssen sie schaffen, und zwar jeder einzelne von uns. Dies erfordert, daß wir besonders in weltanschaulichen und religiösen Fragen die Toleranz üben, die jeder von uns auch für sich beanspruchen kann. In der hinter uns liegenden Zeit wurde der Beweis geführt, daß die gesamte Mitgliedschaft treu zu ihren Gewerkschaften steht und daß sie nicht wilens ist, die so teuer erkaufte Einheit preiszugeben.

So hoffe ich, daß auch dieser Kongreß ein klares Bekenntnis zu dieser Einheit ablegt. Nur wenn wir ungebunden sind gegenüber Staat, Regierung und allen politi-

schen Parteien, bleiben wir stark und sichern uns den Weg zu fruchtbringender Arbeit im Rahmen des Deutschen Gewerkschaftsbundes wie auch in der großen internationalen Gewerkschaftsbewegung der freien Völker. Nur wenn wir eng zusammenrücken, schaffen wir die Voraussetzung für ein erfolgreiches Wirken zur Lösung der großen sozialen Probleme.“

Carlo Schmid (SPD), der als Vizepräsident des Deutschen Bundestages sprach, meinte, die Gewerkschaften seien „parteipolitisch neutral, aber sie stehen nicht außerhalb der Politik. Ihre parteipolitische Neutralität bedeutet nicht politische Sterilität. Wem im Bereich des Gesellschaftlichen so viel Verantwortung aufgebürdet ist wie den Gewerkschaften, wessen Tun und Lassen so viel für das Gefüge des Volkskörpers bedeuten kann wie das Tun und Lassen der Gewerkschaften, der ist ohne besondere Investitur durch eine geschriebene Verfassung passiv und aktiv eine politische Potenz. *(Zustimmung)*

Gewiß, die eigentlichen politischen Entscheidungen der Nation haben die Gewerkschaften nicht zu fällen. Es gibt nur einen Gesetzgeber, und das ist das Parlament, ein Parlament, das in seinen Entscheidungen frei ist. Und es gibt nur einen, der die Regierung förmlich zur Verantwortung ziehen und mit Anweisungen versehen kann, und das ist wiederum das Parlament und ausschließlich das Parlament. Aber niemand kann gerechterweise die Gewerkschaften daran hindern, ihre Stimme zu erheben und die Ernsthaftigkeit ihrer Forderungen mit Nachdruck deutlich zu machen. *(Beifall.)* Das Parlament aber würde seine Pflichten verkennen, wenn es glaubte, seine Beschlüsse fassen zu können, ohne der Realitäten zu achten, die durch das Dasein und durch das Wirken der Gewerkschaften und die Kraftströme, die davon ausgehen, geschaffen worden sind. Ein Parlament, das solches täte, würde aufhören, Spender heilsamer Gesetze zu sein, denn des Gesetzes Befehl hat seinen letzten Sinn doch darin, daß es das Tun der Menschen... hinordnet in das kräftige Feld, das unser aller

Leben entfaltet. Und in welchem Felde strömte es kraftvoller als in den Gewerkschaften.

Darum ist es nicht so, daß das Parlament mit den Gewerkschaften, wie man so zu sagen pflegt, nur zu rechnen hätte, wie man nun einmal mit einem Partner zu rechnen hat, auf den man gelegentlich angewiesen sein könnte und dessen Reaktion einem wegen der Folgen nicht ganz gleichgültig sein könnte, sondern das Parlament hat mit den Gewerkschaften zu rechnen, wie der Ingenieur mit den Gegebenheiten und den Größen zu rechnen hat, in denen die Faktoren eingebettet liegen, die der Stoff seines ordnenden und seines planenden Gestaltungswillens sind.

Wo das eingesehen wird, kann das Verhältnis von Parlament und Gewerkschaften nichts anderes als ein Verhältnis lebendiger Wechselwirkung und gegenseitiger Achtung bei gegenseitiger Einsicht in die Verschiedenheiten der beiden gestellten spezifischen Aufgaben und der Ebenen, auf denen sie beide ihrer Bestimmung nach zu wirken haben, sein.“

Der Bundesminister für Arbeit, Anton Storch (CDU), der als Vertreter der Bundesregierung sprach, ging nur sehr kurz auf die politische Rolle der Gewerkschaften ein: „Wer die wirkliche Situation des gesamten deutschen Volkes sieht, der muß sich klar darüber sein, daß die Gewerkschaften als die Vertreter der arbeitenden Menschen im engsten Konnex mit der Regierung arbeiten müssen, um all die Schwierigkeiten noch zu überwinden, die noch vor uns stehen.“

Erich Ollenhauer, der Vorsitzende der SPD, betonte die Bedeutung der Einheitsgewerkschaft und lobte Übereinstimmung und Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Das Verhältnis zwischen Staat und Gewerkschaften nannte er „beunruhigend“. Langanhaltenden Beifall erntete er für seinen Satz: „Eine Politik gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer Deutschlands bedeutet das Ende der deutschen Demokratie!“

Jakob Kaiser, der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, sprach als Vertreter der CDU zum Kongreß. Zum Verhältnis zwischen politischen Parteien und Gewerkschaften sagte er aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung der Weimarer Republik stammende Kaiser „in letzter Überlegung“:

„Die beiden Parteien in Deutschland - kleinere Gruppen spielen keine Rolle -, die durch ihre Mitglieder und durch ihre Wähler mit den Gewerkschaften enger verbunden sind, sind die Christlichen Demokraten und die Sozialdemokraten. Diesen beiden Parteien dürfte deshalb auch die stärkste Überzeugung innewohnen, daß insbesondere das soziale Fundament der Bundesrepublik der entscheidende Faktor für ihre Sicherung ist. (*Beifall.*) Soziale Stabilität ist nicht zuletzt auch eine der wesentlichsten Voraussetzungen für wirklich erfolgreiche Wiedervereinigungspolitik unseres Landes und unseres Volkes. Ich bin gewiß, darin stimmen wir in dieser Gemeinschaft, in der wir hier versammelt sind, wohl alle miteinander überein. Ich sage dabei nicht, meine Freunde, daß zwischen den beiden großen Parteien unseres Volkes immer eine einheitliche Meinung hergestellt werden muß oder auch nur hergestellt werden könnte; im Gegenteil, ich bin der Auffassung, daß auch Spannungen einen Sinn haben. Spannungen treiben die Politik und damit eine fortschrittliche Entwicklung vorwärts. Spannungen waren in der Geschichte der Gewerkschaften ja auch da. Sie waren da zwischen Stegerwald und Carl Legien, sie waren da zwischen Imbusch und zwischen Hue, um nur einige Namen von Rang aus der Vergangenheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu nennen.

Der freimütige und der ehrliche Austrag von Meinungsverschiedenheiten ist ja gerade das Merkmal, das Kennzeichen freiheitlicher Gemeinschaften und eines freiheitlichen Staates. Wesentlich ist aber immerhin, daß wir in entscheidenden Fragen zu einer besseren Verständigung kommen, und dazu muß nach meiner Meinung von beiden Seiten her beigetragen

werden. Dann werden zwar die Spannungen in der Politik und in den Gewerkschaften und um die Gewerkschaften immer noch nicht ganz überwunden werden, aber sie werden zu gesunden Spannungen, die einer vereinten Gewerkschaftsbewegung und damit Volk und Arbeiterschaft nur nützlich sein können.

Deshalb geht mein Wunsch als Sprecher der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, als christlicher Demokrat und als alter Gewerkschafter hier an diesen Kongreß des DGB: Laßt uns gemeinsam miteinander für den Ausgleich sorgen! Nach diesem Ausgleich verlangt nicht zuletzt nach meiner festen Überzeugung die Elite der deutschen Arbeiterschaft, die ja nun einmal in den Gewerkschaften ihre Heimat hat. Ein solcher Ausgleich ist auch Beweis für das Vorhandensein echter Freiheit in diesem Lande.“

Im Geschäftsbericht kam der DGB-Vorsitzende Fette noch einmal auf die bevorstehenden Bundestagswahlen zu sprechen:

„Halten wir an dem Grundsatz fest, daß erst die von den Gewerkschaften geforderte Neuordnung der Wirtschaft und Gesellschaft die Voraussetzungen für die Umgestaltung des wirtschaftlichen Lebens schafft und wir nur so zur Lösung aller uns vorschwebenden sozialen Fragen kommen, dann muß der Wille stark sein, bei der Neuwahl zum Bundestag dahin zu wirken, daß Volksvertreter ins Parlament kommen, die sich den Forderungen der Gewerkschaften gegenüber aufgeschlossen zeigen. (*Beifall.*)“

Dieses Ziel wurde, wie schon erwähnt, nicht erreicht; die Wahlaussage des DGB trug keine Früchte. Lag es daran, daß der gewerkschaftliche Kampf für die Mitbestimmung und die Betriebsverfassung und gegen die Wiederbewaffnung nicht zu einer aufkeimenden Wiederaufbaumentalität paßte, bei der es den meisten Menschen in erster Linie auf materielle Fortschritte ankam? Oder boten die Gewerkschaften, z. B. mit der Abwahl des glücklosen DGB-Vorsitzenden Fette 1952 in Berlin, ein Bild der Zerrissenheit und

innerer Auseinandersetzungen? Oder wurde ihnen von großen Teilen der Bevölkerung eine schließlich doch als parteiische Einseitigkeit gedeutete Politik zur Last gelegt?

b) Bundeskongreß von 1956

Jedenfalls klingt, soweit das papierne Protokoll darüber Aufschluß zu geben vermag, der Tenor gegenüber der Regierung beim vierten ordentlichen DGB-Kongreß, der knapp ein Jahr vor den nächsten Bundestagswahlen stattfand, wesentlich verhaltener.

Zum ersten Mal war der Bundeskanzler, Konrad Adenauer, bei einem DGB-Kongreß anwesend und sprach im Namen der Bundesregierung zu den Delegierten. Er lobte die Gewerkschaften für ihre Aufbauleistung und ihr Verantwortungsbeußtsein, erinnerte an die gemeinsame Arbeit mit seinem „Freund“ Hans Böckler und kam zu dem Schluß: „Die Gewerkschaften sind ein wichtiger Bestandteil unseres gesamten wirtschaftlichen Organismus geworden. Sie sind nicht nur ein wichtiger Bestandteil, sie sind auch ein notwendiger Bestandteil. Ich kann mir ein gutes Funktionieren unserer Wirtschaft ohne die Gewerkschaften überhaupt nicht vorstellen. (*Beifall.*) Daher haben . . . die Gewerkschaften ein Recht darauf, von den staatlichen Stellen gehört zu werden in gleicher Weise, wie die Verbände der Unternehmer und andere wirtschaftlichen Verbände.“

Ebenso mit Beifall bedacht wurde Adenauers Anmerkung: „Eine Verkürzung der Arbeitszeit scheint mir ein berechtigtes Verlangen zu sein.“

Listig äußerte sich der Kanzler schließlich zu den „Absichten der Bundesregierung“, an denen der Vorsitzende des Kongresses, der stellvertretende DGB-Vorsitzende Georg Reuter, Interesse gezeigt hatte. Adenauer dazu: „Das war eine politische Verlockung... ich werde soviel verlockt, daß ich mich allmählich daran gewöhnt habe, Verlockungen zu widerstehen.“ Geschickt kündigte er dann dennoch die Rentenreform und die Fort-

setzung des sozialen Wohnungsbaus an, so daß seine Rede mit lebhaftem Beifall quittiert wurde.

Der SPD-Vorsitzende Ollenhauer kam nicht umhin, „die versöhnliche Atmosphäre, die der Herr Bundeskanzler mit seiner Rede in diesen Kongreß gebracht hat“, zu loben und seine Übereinstimmung mit den Grundaussagen Adenauers zu den Gewerkschaften zu erklären.

Jakob Kaiser, der wiederum für die CDU sprach, schloß sich dem an, so daß sich die Delegierten von allen Seiten gleichermaßen bestätigt und umworben fühlen konnten. Hans Mayr, Delegierter der IG Metall, kommentierte den Auftritt Adenauers folgendermaßen: „Wenn er jetzt mit einem Teil seiner Minister zu unserem Kongreß gekommen ist, dann nach meiner Auffassung nur deshalb, weil er weiß, welche gesellschaftliche Macht der Deutsche Gewerkschaftsbund verkörpert, und weil er zudem weiß, daß gegen den Willen der Gewerkschaften die Durchsetzung seiner Politik nicht möglich ist. Und ich bin deshalb auch der Meinung, ... daß dieser Besuch vor allem auch dazu dienen sollte, die Gewerkschaften vor den Wahlen zu neutralisieren.“

Nicht zuletzt um derartigen Neutralisierungsversuchen zu entgehen, aber auch, um leicht als einseitig zu kennzeichnende gewerkschaftliche Wahlaussagen zu vermeiden, war auf Initiative und unter Leitung des Vorsitzenden der IG Metall, Otto Brenner, 1954 ein Aktionsprogramm des DGB vorgelegt worden. Brenner erläuterte dieses Programm, dem es vor allem auch auf die eingeständigen Handlungsmöglichkeiten der Gewerk-

schaften ankam, in einer grundsätzlichen und ausführlichen Rede vor dem Kongreß. Bei aller politischen Entschiedenheit und ungewöhnlicher inhaltlicher Vielfalt enthielt sich Brenner direkter Wahlaussagen. Auf diese Tatsache ging er in seinem Schlußwort zur Diskussion ein: „Ich weiß, daß wir als Gewerkschaftsbewegung im Grunde genommen nicht Ersatz für eine politische Partei sein können. Wir wollen das auch gar nicht. (Beifall.) Wir haben diese Absicht nie gehabt. Aber ich glaube nicht, daß meine Ausführungen oder gar das Aktionsprogramm etwa deutlich machen könnten, daß wir als Gewerkschafter politische Abstinenz üben wollen. (Beifall.)“

Und der als Nachfolger des kranken Walter Freitag 1956 in Hamburg zum DGB-Vorsitzenden gewählte Willi Richter meinte in seinem Schlußwort, daß die Gewerkschaften es sich auch künftig nicht nehmen lassen würden, „zu grundsätzlichen politischen Fragen Stellung zu nehmen, wenn die Interessen der Arbeitnehmer dies erfordern.“

Nimmt man das Wahlergebnis von 1957, dann hat auch diese in der Sache entschiedene, in der Form eher zurückhaltende gewerkschaftliche Positionsbestimmung keinen wahlwirksamen Effekt erzeugt. Es wäre sicherlich falsch, daraus schließen zu wollen, daß Gewerkschaften sich der politischen Stellungnahme enthalten sollten - wie es Konservative und Liberale immer wieder fordern. Dagegen scheint manches dafür zu sprechen, daß viele Wähler Gewerkschaftspolitik und allgemeine Politik säuberlich scheiden.

hoh